

Bezugspreise für Halle monatlich 1,20 Mark, vierteljährlich 3,50 Mark, durch die Post 4,50 Mark. Einzelhefte 10 Pfennig. Zustellungsgebühren. Die Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im Auslandlichen Zeitungserwerb durch die Deutsche-Postverwaltung. Für unentgeltlich eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Redaktionsrat mit der Redaktion. Halle, den 26. November 1918. Der Redaktionsrat. Halle, den 26. November 1918. Der Redaktionsrat. Halle, den 26. November 1918. Der Redaktionsrat.

Abend-Ausgabe.

Zeitung

Zweihundfünfzigster Jahrgang.

Angabe von 0,75 Pfennig. 30 mm dr. Kolonnenzeile oder deren Raum mit 20 Pf. bez. steht in in unseren Anzeigenstellen u. allen Anzeigenstellen angenommen. Kolonnenzeile 93 mm breite Zeile 1,20 Mk. Anzeigenannahmezeiten von 11 Uhr bis 6 Uhr. Abbestellungen, soweit möglich, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort Halle. Preis 10 Pf. 2 mal, Sonntags 1 mal. Geschäftsstelle, u. Haupt-Vertriebsstelle Halle, Neue Promenade 14, Dr. Bruns haus, 17. Neben-Geschäftsstelle Markt 24 und Große Ulrichstr. 32.

Nr. 554.

Halle, Dienstag, den 26. November.

1918.

Die Besetzung deutscher Reichsgebiete.

Die Bedeutung der deutschen Arbeiter- und Soldatenräte für die Entente. — Polizeitruppen in der neutralen Zone.

Die Verteilung der Entente-Streitkräfte in Deutschland.

Düsseldorf, 26. Nov. (Eig. Drahtnachricht.) Die Besetzung des Reichsgebietes dürfte sich nach den bisher beobachteten Nachrichten folgendermaßen gestalten: Köln und sein Brückenkopf wird von Amerikanern besetzt, Koblenz und den Brückenkopf werden die Engländer, Mainz die Franzosen erhalten. Die 3. Zone war von Wichtigkeit in der D. S. oder im westlichen Mittelrand in der Eifel untergeordnet. In der 2. Zone sind die Deutschen mit der Polizei in Gruppen verfahren. Alle anderen Truppen und Soldaten müssen aus der neutralen Zone zurückgezogen werden.

Kein Verhandeln mit den A- und S-Räten.

Zürich, 26. Nov. (Eig. Drahtnachricht.) Der Westfälische Rat hat die Forderung im Rahmen der D. S. mit dem Reichsamt in der deutschen Arbeiter- und Soldatenräte aus über die Befreiung des Wasserlandes nicht verhandelt werden.

Streikbewegung bei Berlin.

Berlin, 26. November. (Eig. Drahtnachricht.) Heute morgen haben in einer Anzahl kleiner und mittlerer Betriebe in Westpreußen und Ostpreußen Streiks stattgefunden. Die Streikbewegung hat sich in der Provinz weit verbreitet. Die Besetzung der D. S. ist durch die Arbeiter- und Soldatenräte in der Provinz weit verbreitet. Die Besetzung der D. S. ist durch die Arbeiter- und Soldatenräte in der Provinz weit verbreitet.

Durchzug durch Frankfurt.

Frankfurt, 26. Nov. (Eig. Drahtnachricht.) Heute morgen sind durch Frankfurt am Main insgesamt 275 573 Militärpersonen gekommen. Demnach wird die Hauptkette der Armee des General Galtweg vermarktet.

Vorzeitiges Vorrücken der Franzosen.

Verwahrung eingeleitet. Ostpreußen, 26. Nov. (Eig. Drahtnachricht.) Französische Truppen haben vorzeitig mehrere Grenzposten an der D. S. besetzt. Die Besetzung der D. S. ist durch die Arbeiter- und Soldatenräte in der Provinz weit verbreitet. Die Besetzung der D. S. ist durch die Arbeiter- und Soldatenräte in der Provinz weit verbreitet.

3 Divisionen, aber keine Preken.

Stuttgart, 26. Nov. (Eig. Drahtnachricht.) Der 1. Armee-Korps hat die 3. Division in die D. S. besetzt. Die Besetzung der D. S. ist durch die Arbeiter- und Soldatenräte in der Provinz weit verbreitet. Die Besetzung der D. S. ist durch die Arbeiter- und Soldatenräte in der Provinz weit verbreitet.

Das aktive Generalcommando des 4. Armee-Korps in Magdeburg.

WTB. Magdeburg, 26. Nov. Das Generalcommando des 4. Armee-Korps unter dem Befehl des Generalcommandanten General Galtweg hat die 3. Division in die D. S. besetzt. Die Besetzung der D. S. ist durch die Arbeiter- und Soldatenräte in der Provinz weit verbreitet. Die Besetzung der D. S. ist durch die Arbeiter- und Soldatenräte in der Provinz weit verbreitet.

Gestohlene Infanterieuniformen.

Zürich, 26. Nov. (Eig. Drahtnachricht.) Die Torgauer Infanterie hat die 3. Division in die D. S. besetzt. Die Besetzung der D. S. ist durch die Arbeiter- und Soldatenräte in der Provinz weit verbreitet. Die Besetzung der D. S. ist durch die Arbeiter- und Soldatenräte in der Provinz weit verbreitet.

Frankreichs Aufruf an das Elsass.

WTB. Paris, 26. Nov. Was für ein Wunder hat die Besetzung der D. S. durch die Arbeiter- und Soldatenräte in der Provinz weit verbreitet. Die Besetzung der D. S. ist durch die Arbeiter- und Soldatenräte in der Provinz weit verbreitet. Die Besetzung der D. S. ist durch die Arbeiter- und Soldatenräte in der Provinz weit verbreitet.

Eure rechtlichen Forderungen, Eure wirtschaftlichen Notwendigkeiten, sondern auch Eure Wunden verbinden und in diesen ihr von Tagen Eure Ernährung sicherstellen. In dieser feierlichen herrlichen Stunde, die den Triumph des Rechts und der Gerechtigkeit und der Freiheit über die brutale Gewalt bringt, wollen wir uns, Ihr befreiten Arbeiter und die befreiten Soldaten, in der gleichen Sache vereinigen. Es lebe Frankreich, es lebe die Armee, es lebe die Republik!

Wie Kaiser Karl sich als Heerführer bezahlet ließ.

Ein neuer „Jahrbuch.“ Wien, 26. Nov. (Eig. Drahtnachricht.) Der „Neue“ bringt die aufsehenerregende Entlohnung, die Kaiser Karl sich für das Obercommando über seine Armeen nicht weniger als 172 Millionen Kronen zu bezahlen ließ. Eine der wichtigsten Stellen des Kaiserreiches aus der Zeit vom 15. bis zum 19. Jahre 1918, die die Nummer 339 trägt, ist die deutsche Auslandsarmee. Der Kaiser habe folgenden Wortlaut: „Das 1. Armee-Korps hat die 3. Division in die D. S. besetzt. Die Besetzung der D. S. ist durch die Arbeiter- und Soldatenräte in der Provinz weit verbreitet. Die Besetzung der D. S. ist durch die Arbeiter- und Soldatenräte in der Provinz weit verbreitet.“

Die Schlichtung wurde vorher von fünf Stellen empfohlen. Die Schlichtung wurde vorher von fünf Stellen empfohlen. Die Schlichtung wurde vorher von fünf Stellen empfohlen. Die Schlichtung wurde vorher von fünf Stellen empfohlen.

Wilson's Plan für einen Völkerbund.

Bern, 26. Nov. (Eig. Drahtnachricht.) Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus London: Nach einer New Yorker Erklärung der „Daily News“ hat Präsident Wilson den Plan für einen Völkerbund bereits fertiggestellt. Er wird einen internationalen Gerichtshof einrichten. Der Völkerbund wird einen internationalen Gerichtshof einrichten. Der Völkerbund wird einen internationalen Gerichtshof einrichten.

Gegen den russischen Bolschewismus.

Dort, 26. Nov. (Eig. Drahtnachricht.) „Times“ und „Morningpost“ werden die Aufrechterhaltung der Politik der Entente mit bestimmten Vorzeichen nach Russland. Die „Morningpost“ lehnt sich für die russische Bolschewismus. Die „Morningpost“ lehnt sich für die russische Bolschewismus.

Der Entente-Geßzug gegen Rußland.

Zürich, 26. Nov. (Eig. Drahtnachricht.) „Stribo“ meldet das Auslaufen der internationalen Flotte nach Marseille zur Besetzung der D. S. durch die Arbeiter- und Soldatenräte in der Provinz weit verbreitet. Die Besetzung der D. S. ist durch die Arbeiter- und Soldatenräte in der Provinz weit verbreitet.

Demobilisierung in der Schweiz.

Zürich, 26. Nov. (Eig. Drahtnachricht.) Die „Torgauer Zeitung“ berichtet: Der Schweizer Generalmajor Wille, der jetzt sein Entlassungsgesuch einreicht, hat die allgemeine Demobilisierung in der Schweiz angeordnet. Die Demobilisierung in der Schweiz angeordnet. Die Demobilisierung in der Schweiz angeordnet.

Der rumänische Einfall in Ungarn.

WTB. Budapest, 26. Nov. Der ungarische Generalmajor Wille, der jetzt sein Entlassungsgesuch einreicht, hat die allgemeine Demobilisierung in der Schweiz angeordnet. Die Demobilisierung in der Schweiz angeordnet. Die Demobilisierung in der Schweiz angeordnet.

General Sixt von Armin hat sich korrekt verhalten.

Berlin, 26. Nov. (Eig. Drahtnachricht.) Gegenüber den Mitteilungen in der holländischen Presse über Maßnahmen von Stellen des Heeres gegen Arbeiter- und Soldatenräte wird amtlich mitgeteilt: „Nach deutschen Bestimmungen hat der General Sixt von Armin, der ihn jetzt einreicht, hat die allgemeine Demobilisierung in der Schweiz angeordnet.“

Die Besetzung der D. S. ist durch die Arbeiter- und Soldatenräte in der Provinz weit verbreitet. Die Besetzung der D. S. ist durch die Arbeiter- und Soldatenräte in der Provinz weit verbreitet. Die Besetzung der D. S. ist durch die Arbeiter- und Soldatenräte in der Provinz weit verbreitet.

Die neue auswärtige Politik.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Es ist ganz selbstverständlich und die Geschichte zeigt es an Ausland Stellen, daß ein Staat nach einem verlorenen großen Kriege eine Revision, je oft eine Umstellung seiner auswärtigen Politik vornehmen muß. Das trifft ganz besonders dann zu, wenn dieser Krieg ein Reaktionskrieg gewesen ist und kein unglücklicher Ausgang aus der Reaktion, die richtunggebend für die äußere Politik ihrer Glieder war, gepreßt hat. Es trifft in noch weitergehendem Maße zu, wenn der Ablauf der äußeren Ereignisse sich umgekehrt auf das innere Gefüge eines Staates gewirkt hat und besonders wenn diese Umgestaltung sich auf die ganze Weltanschauung, welche den politischen Willkürungen der Volksgemeinschaft die Richtung gibt, erstreckt. Mit dieser Betrachtung, die etwas gemeinplötzlich klingen mag, sind die Merkmale der Dage, in der sich das Deutsche Reich befindet, genauere. Es ist aber doch kein Gemeinplatz, sondern wenn man vertritt, die allgemeinen Grundgesetze der menschlichen Natur zu übertragen, die Weltanschauung von Teilnehmern deren Bedeutung nach der Gegenwart sehr erregter Meinungsgegenstände sein sei und in Punkte führen wird. Darüber sind wir uns zwar alle einig, daß der Krieg das ganze System der auswärtigen Politik, nach dem die Geschichte des Reichs seit 40 Jahren geleitet worden sind, über den Haufen geworfen hat. Die Besetzung der D. S. ist durch die Arbeiter- und Soldatenräte in der Provinz weit verbreitet. Die Besetzung der D. S. ist durch die Arbeiter- und Soldatenräte in der Provinz weit verbreitet.

Es ist ein Fall, wenn man jetzt schon versucht, darüber einige Ansatzpunkte zu gewinnen, wie wir künftighin zur Bekämpfung unserer Gebiete in der Gänge der internationalen Geschichte handeln einzugreifen hätten? Man kann darüber im Zweifel sein. Man kann sagen, daß es notwendig ist, nur vor allem das Ergebnis der Friedenskonferenz abzuwarten; nicht allein in der Verhandlung über den Völkerbund, der uns Arbeit darüber geben muß, was unsere Gegner über unsere künftige Weltstellung zu bestimmen für gut befinden, sondern auch der großen Friedenskonferenz, die erst das endgültige Weltbild schaffen wird, demgegenüber wir unsere praktischen Entschlüsse zu fassen haben werden. Die Besetzung der D. S. ist durch die Arbeiter- und Soldatenräte in der Provinz weit verbreitet. Die Besetzung der D. S. ist durch die Arbeiter- und Soldatenräte in der Provinz weit verbreitet.

Man sieht aus, so wird man sich doch sagen müssen, daß in arden ansonsten die Richtlinien der kommenden internationalen Weltanschauung schon festliegen und daß wir uns schon einermöglichen einen Schritt von der Rolle machen können, welche wir darin zu spielen beabsichtigen werden. Es wird vielleicht nicht alles auf der Friedenskonferenz glatt nach dem Scherme des Präsidenten Wilson verlaufen und wenn auch, was man nicht präzisieren, der von ihm entworfenen Politik ein Hindernis kommt und ihm unüberwindlichen Raum in der Weltanschauung der Gegenwart, so wird sich gewiß bei der Ausführung des Programms die Einigkeit gerade bei denen, die heute dem Präsidenten am meisten zuzuhören, bemerkbar machen. Eine nähere Betrachtung aber schon der wirtschaftlichen und finanziellen Lage, in der wir uns dem Kriege heroziehen, muß uns sagen, daß wir uns ganz gewiß nicht in der Reihe derjenigen Völker zu finden werden, die dem Gedanken der großen Neuordnung hinterhältig und mißtraulich, mit dem Nebenbarnen, nichts von den Grundgedanken der früheren Macht- und Weltanschauung auszuweichen gegenüberliegen. Die Besetzung der D. S. ist durch die Arbeiter- und Soldatenräte in der Provinz weit verbreitet. Die Besetzung der D. S. ist durch die Arbeiter- und Soldatenräte in der Provinz weit verbreitet.

Unsere Aufgabe wird es sein, uns mit aller Entschiedenheit für den Grundgedanken dauernden Friedens, der sich durch die Weltanschauung der deutschen Bevölkerung zu bekennen. Welche Gefahr auch die deutsche Republik und ihre Regierung im Laufe der weiteren Entwicklung annehmen möge, in dem Punkte der auswärtigen Politik wird sich das ganze Volk zu den Grundgedanken bekennen, die vor dem Kriege in folgender Weise nur in dem Programm der sozialdemokratischen Partei ausgesprochen worden sind und nun der Verwirklichung harren. So paradox es klingen mag, man wird sagen dürfen: der Neuzustand, nach dem wir streben müssen, wäre der, daß es in Zukunft überhaupt keine auswärtige Politik mehr gäbe, weder für uns noch für die anderen Völker, daß jeder sich darauf beschränkte, nach besten Kräften mit den Nachbarn zu leben, die seine territorialen Interessen mehr untereinander haben, in Frieden und Freundschaft zu leben und mit den anderen Völkern überall auf dem Erdenrund nach dem Grundgedanken absoluter Gleichberechtigung in ertönen Weltfrieden zu treten. So würde sich schließlich die auswärtige Politik im großen ganzen in Friedenspolitik auflösen, d. h. in ausgedehnte Fürsorge des Staates für die Besetzung der D. S. ist durch die Arbeiter- und Soldatenräte in der Provinz weit verbreitet. Die Besetzung der D. S. ist durch die Arbeiter- und Soldatenräte in der Provinz weit verbreitet.

Die Entwicklung der weltwirtschaftlichen Beziehungen seines Landes, und seiner Industrie, gleichwohl ob sie mehr oder weniger privatkapitalistisch oder gemeinwirtschaftlich organisiert sind. Diese Politik würde, solange die bei einigen Mächten noch immer harte Tendenz zu protektionistischen Experimenten nicht abgeklung ist, sich zu bemerken haben, den Wettbewerb zu einem Instrumente friedlichen Ausgleichs zu machen, der zur Festhaltung von Reichungsgleichheit mehr als die Konkurrenz der freien Handels und der offenen Märkte zu beibringen kann.

Wenn diese Grundzüge durchdringen, ist erst das eigentliche Ende jeder imperialistischen Politik unter den Kulturvölkern gekommen. Dann erfüllt die Notwendigkeit, die Sicherung der wirtschaftlichen Existenzmöglichkeit eines reicheren, hochentwickelten Landes auf dem Wege territorialer Ausbreitung und des Machtübergewichts zu suchen. Dann ist der Streit um die Kolonialgebiete mehr ein Anlauf zum Hinmorden von Millionen Menschen als der Streit um die Abhängigkeit. Dann wird auch wieder eine Zeit kommen, in der die Menschheit das Gefühl des Zusammenwachsens zu gemeinsamen Zielen in sich erfindet und die Furchen der Verklüftung der nationalen Staaten die nur jetzt zu tun machen, nur als ein vorübergehendes Stadium erscheint. Wir sehen natürlich erst am Anfang des Weges zu diesen notwendigen Zielen. Wir dürfen uns aber keiner Täuschung darüber hingeben, daß nicht alle Völker, und am wenigsten gerade die, die sich heute in der engsten und gescheiterten äußeren Verbindung befinden, bereit sind, mit gleicher Entschlossenheit und Konflikt diesen Weg zu betreten, auf dem sie manchen Opfer ihrer Eigenliebe und ihrer nationalen Überheblichkeit zu bringen hätten. Was wir augenblicklich von den Engländern und zum Teil auch von den Engländern, was die Völker der früheren imperialistisch-egoistischen Monarchie von den Italienern erleben, das zeigt, daß es nicht ein bloßes Wort ist, sondern ein ernstlicher Dauer objektiver werden muß, die die Grundlage für die Neuregelung des Völkerverhältnisses auf ganz anderer Basis nutzlos gegeben ist.

Das kann man aber nicht hindern, unsere ganze Kraft dafür einzusetzen, daß die Nation durch einen friedlichen Beschäftigungsweg betrete. Soweit wir dann noch eine auswärtige Politik treiben, braucht sie nicht darauf gerichtet zu sein, dafür zu sorgen, daß auch in den Völkern, deren Regierungen heute mehr mit Worten als mit Taten einen Anspruch auf wirtschaftliche Gleichberechtigung mit uns geltend zu machen versuchen, die durch imperialistische Überlieferungen und Hegemoniegedanken aufgeschichtete Schranke niedergeworfen, erklärt. Die höchsten nationalen Eigenheiten feiern gerade heute, wo die Herrschaften und auch die Massen unserer Gegner von ihren Regierungen mit dem Sinne der Gleichberechtigung geistlich gestiftet werden, schismatische Organe. Wenn wir uns dadurch nicht darüber hingewöhnen, daß ein neuer Tag auch für die Völker, die heute in den Augen der Nation zu jenen glauben, angeht, daß der Vertrag des Krieges die fürchterlichen Opfer, die er fordert, nicht aufhebt hat. Auch bei ihnen wird der Friede nicht durch die Überlegenheit der Dummheit, sondern durch die Überlegenheit der Vernunft führen. Dann wird überall die auswärtige Politik aufhören, die zu sein, was sie bisher gewesen: ein System gemeinlichen Kämpfens, die Welt von einer Kette von Kriegen zu führen. Ränke es nicht dazu, so wäre die Erde kein bewohnter Planet mehr.

Sitzung des Volkstages.

Berlin, 25. November. Der Volkstag trat heute nachmittags in einer Vollversammlung zusammen. Der Vorsitzende eröffnete die Tagung mit der Mitteilung, daß große Arbeitsteilnehmungen in Groß-Berlin eingetreten und weiter zu erwarten sind. Der Grund ist in den wachsenden Beziehungen zwischen den Unternehmern und den Arbeitern zu suchen. Die in Frage kommenden Unternehmer haben ihre in den ersten Tagen der Revolution gemachten Zugeständnisse zum großen Teil zurückgezogen. Nach kürzerer Debatte richtete sich die Versammlung auf den Beschlüssen, am 27. November eine Beratungskonferenz der Berliner Arbeiter zu einberufen, die sich inhaltlich mit den Vorkämpfern beschäftigen und in der ein Mittel der Reichsregierung referieren soll.

Zwei Mitglieder der revolutionären Parteien erschienen und erließen dem Volkstag am Entschlossen, ob der parlamentarische Staat behütet werden soll. Die Ausrede ergab einmütige Hebrereinstimmung, doch er nicht beistimmen wird. Demgegenüber werden die Kräfte Simon (Handelstrasse 10), Paul Hoffmann und Brummer (Eberstrasse 10) und Wolfang Reine neben den bereits erwähnten Dr. Rosenfeld (Kulturministerium). Der bereits erwähnte Herr Dr. Cramer über den Verlauf der Revolution in Bayern. Er schloß mit dem Verzicht auf demokratische Arbeit und zur Ausweitung des A. und S. Räte als

Gründung des übergeordneten Parteimeinens, der konkret gemacht habe. Herr Schick hat eine ausführliche Diskussion in der sich große Hebrereinstimmungen mit den Eisenbahnführern zeigte, vor allem über die Notwendigkeit weltweites der sozialistischen Experimente im neuemütigen Ausmaß.

Deutsches Reich.

Der oberste Hofrat hat ab. Berlin, 27. November. Der Oberste Hofrat hat ab. Berlin, 27. November. Der Oberste Hofrat hat ab.

Aus der demokratischen Bewegung.

Die Führung der Deutschen demokratischen Partei bezieht sich auf die Partei. Die Deutsche demokratische Partei hat wegen der schwebenden Verhältnisse, die eine ausreichende Verständigung mit den einzelnen Reichsteilen nicht gestat, an die Vorbereitung für die Bildung eines großen provisorischen Vorstandes noch nicht beschließen können. Zur Führung der laufenden Geschäfte ist ein vorläufiger Ausschuss gebildet worden. Er besteht aus Hr. Dr. Bernhardt, Berlin, Handelsminister Fischer, Hr. E. Lübeck, Dr. Hjalmar Schacht, Oberdeputierter Rüdiger, Professor Witzel, Wetzlar.

Das Bureau der Partei befindet sich Berlin W 62, Kur-

Die Besprechungen der einzelstaatlichen Vertreter.

Für und gegen die Diktatur. — Gegen den Kapitalismus. — Württemberg auf dem Boden der Reichseinheit. — Das Ergebnis der gestrigen Verhandlungen.

Im weiteren Verlaufe der Debatte.

Ich habe keine Anzahl für Eberberger ein. Eberst bietet um die Erklärung, den Geländen des Reichs. Cudo Hartmann vorstellte zu diesen der als Gast der Versammlung behauptet wurde. Niemand dankt für die freundliche Begrüßung und betont, es dürfte sich nicht handeln, wenn er heute als Gast hier wäre, er hätte schon längst zugestimmt. (Beifall.)

Geitner-Gesetz: Wir müssen für Sozialisierung hin, nicht gegen. Eberst-Sachen erklärt: Soll wollte im Interesse des Friedens alle Sozialisierung hinten stellen, wegen höchster Bedeutung anzusehen.

Die National-Verammlung könne zurückerufen werden, bis die Verhandlungen zu Ende seien. In eine Einberufung des Reichstages sei nicht zu denken. Eine Aufhebung des Sozialismus zugunsten des Friedens dürfe keinesfalls stattfinden.

Begehrter im Anwesenheit von Auswärts anerkennen. Einem Fortschritt einer Regierung, die vom Reichstagsmitglied getragen ist und keine Kompromittierung in Minderheit enthält. Die Friedensbedingungen werden nicht so hart sein wie die Waffenstillstandsbedingungen.

Alljährlich-Hessen erklärt: Der Kapitalismus müsse in Abzug gebracht werden, aber erst dann ist es sich um den Frieden. Es bedarf nicht der für größte Beschleunigung der National-Verammlung.

Berlin: Es ist sehr gut, wenn die Zustimmung, als wenn man erst den Sozialismus durchführt und dann zum Frieden kommen müßte. Die wichtigste Frage ist die, so schnell wie möglich zu einem Frieden zu kommen. Es müßte sich schließlich in den Verhandlungen zu zeigen, die einmal das Vertrauen der Gegenseite gewinnen und andererseits sich auf die Mehrheit des Volkes stützen, die ihren Willen wiederum nur durch die Nationalversammlung geltend machen kann.

Heymann-Württemberg erklärt: Gehört der Bestreuer Verlang, die National-Verammlung zu verweigern. Dann liegt der Separatismus. Württemberg liegt durchaus auf dem Boden der Reichseinheit.

H. A. Landsberg führt aus: Die Forderung Einnes, daß die Regierung vom Reichstag genehmigt werden soll, unterläßt er völlig, daß diese aber nichts anderes, als schleunige Einberufung der Reichs-Verammlung.

Die Reichstags-Entscheidung wurde eingeleitet durch den Volkstagsmitglied Borch, der die Konstante für notwendig erklärte, aber vorerst die Arbeiter- und Soldatenräte als Parlament

berufen will. Die Diktatur solle niemals ausgerufen werden. Die Diktatur-Berühmungen werden sich nicht gegen die Reichsregierung, sondern gegen die Reichsregierung richten.

Hilfenstraße 107. Es steht unter der Leitung von Dr. Ellberberg und Dr. Jahnert, dem früheren Generalsekretär der Sozialistischen Volkspartei. Berathung tätig ist der frühere Generalsekretär der national-liberalen Partei, Hermann Kalkhoff.

Die Einberufung des konstituierenden Parteitages auf demokratischer Grundlage, findet statt, sobald es die Verhältnisse erlauben. Die Berliner Reichsteile sind nur provisorisch. Sobald es möglich kommen, bevorzugen des Berliner Arbeiterausschusses in die einzelnen Reichsteile ein Führung zu nehmen und die Vorbereitung für den Delegiertentag zu treffen.

Gegen die Sonderländer.

Ein Freund der „Sozial-Zeitung“ und treuer Anhänger der demokratischen Sache sendet uns mit Bezug auf den in der Montag-Morgen-Ausgabe veröffentlichten Mahnruf in erster Stunde die folgenden Zeilen:

Wenn Eisenach und Jüterbog sich vereinigen, Gerichte die Ordnung, die des Reichs, nicht aus, im frühen halbes Jahr, steht treu am Volke, dem ihr anvertraut.

Das Volk ist frei, und frei sein jeder reber, Zusammenhalt gibt Mut und Kraft, der Diktatur gegenüber nur die Schanden, Wille ist am 28. März, der ihn nur aus Kraft!

In Halle sind der bisherigen Fortschrittlichen Vorparlei, deren Vorstand gestern den Eintritt in die Deutsche demokratische Partei beschlossen hat, viele hundert von Beitragsentwürfen ausgegangen. Bei der großen Welle der neuen Anmeldungen blickt die Parteileitung mit Genugthuung, wenn die Mitgliedschaft und Hebrereinstimmung der Parteimitglieder sich noch etwas vergrößert.

Der Übertragung zur Deutschen demokratischen Partei ist auch von der Fortschrittlichen in Eisenburg, Torgau, Wehlenis, Scheubitz, Wittenberg und Eisenberg bereits beschlossen resp. in die Wege geleitet.

Eine Erklärung des Geschäftsführenden Ausschusses. Der geschäftsführende Ausschuss der Fortschrittlichen Volkspartei erläßt im Verfassungskomitee folgende Erklärung: „Der Beitritt der Fortschrittlichen Volkspartei zur Deutschen demokratischen Partei beruht auf dem einstimmigen Beschluß der Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses, sowie der verehrbaren Mitglieder der Reichstags- und Landtagsparlamentation. Die Herren Korsch und Wimmer enthalten sich dabei der Abstimung und beglückwünschten sich Entschiedenheit vor.“

Herr Geheimrat Prof. Ueberhanden teilt uns mit, daß sein Aufsat in einem hiesigen Blatte über Einrichtung von Semestern zur Erlangung von Anmeldungen für die Deutsche demokratische Partei durch den gestrigen Vorstandsbeschluß der

Die Regierung müsse vom Volksgesetz weggesetzt werden. Sie gehe nicht auf ihren Pflichten. Nach kurzer Schlussantragsdebatte wird auf Vorschlag Eberst's folgendes Resoluto angenommen.

1. Die Aufrechterhaltung der Einheit Deutschlands ist ein dringendes Gebot. Alle deutschen Stämme müssen sich angeschlossen zur deutschen Republik. Sie verpflichten sich, einzuhalten im Sinne der Reichseinheit zu stehen und separatistische Bestrebungen zu bekämpfen, 2. Der Beratung einer konstituierenden Nationalversammlung wird allgemein zugestimmt. Gegen die Abhaltung der Reichsversammlung, die Vorbereitung zur Nationalversammlung möglichst bald beschleunigen.

3. Bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung sind die Arbeiter- und Soldatenräte die Repräsentanten des Volkswillens. Die Reichsregierung wird ersucht, auf die schleunige Herbeiführung eines Präliminarvertrages hinzuwirken.

Staatssekretär Müller vom Reichsamt des Innern schlägt folgende Resolution vor, die einstimmig angenommen wird: Um das wirtschaftliche Leben Deutschlands aufrechtzuerhalten, ist die ungelichzeitige Beendigung des Handels mit Lebensmitteln und Rohstoffen aus dem Ausland zu fordern, und um die deutsche Volkswirtschaft im In- und Ausland freier zu gestalten, ist das Fortarbeiten aller Eisen, Stahlwerke und sonstigen Metallwerke auf der bisherigen Grundlage und in der bisherigen Form unbedingt erforderlich.

In der Abstimung mit den Vertretern der deutschen Einzelstaaten erklärt, daß die Reichsregierung, daß jeder Eingriff in die Geschäftstätigkeit der Reichsindustrien zu unterbinden soll.

Staatssekretär Schäffer vom Reichsamt des Innern weist auf das Gebot der Finanzverwaltung des Reichs hin. Er fordert aus rein praktischen Gründen die Nationalversammlung. Er appelliert an die Arbeiter und Soldaten, damit die deutsche Reichsregierung der Welt zeigt, daß 50 Jahre der Geschichte zur Sozialdemokratie und zur Gleichheit durch die Sozialdemokratie nicht verloren gewesen seien. Die Rechte der deutschen Nation werden es allen zur Pflicht, für die neue Republik die höchsten Opfer zu bringen. In der Reichsversammlung ist die Reichsregierung zu unterstützen und schließlich er kann die Reichsregierung.

Fortschrittlichen Volkspartei überbet. Hr. Herr Professor Ueberhanden blickt alle Anmerkungen direkt an die mehrfach genannten Semestern teil zu wollen. Diese sind Carl Dinius, Rudolf-Farm-Strasse 13, Südfriedrich W. Harsfeld, Martinberg, Parteisekretär Dornblüth, die Geschäftsstelle der Deutschen demokratischen Partei, Markt 20 sowie die Geschäftsstellen der „Sozial-Zeitung“, Gr. Ulrichstraße und Neue Promenade.

In Zeit durch gestern vor etwa 1000 Personen Parteisekretär Dornblüth. Schon lange vor Beginn der öffentlichen Versammlung war der Saal des „Reichs Hof“ zu 3/4 von Anhängern der „Sozialistischen Sozialdemokratie“ besetzt. Der Gründung der Versammlung konnte ein Anhang hängen, das in die von der Fortschrittlichen Volkspartei einberufenen Versammlung ein Sozialdemokrat als Referent eintrat. Das wurde als ein Erfolg angesehen. Die Versammlung wurde eine sehr interessante Rede gehalten. Die Rede wurde durch den Vorsitzenden der Anwesenden durch Reden vom Referenten das Schreiben ermöglicht zu machen. Erst nach dem generalen Eintritte der Parteisekretäre Dornblüth, der mit dem Reichsamt des Innern seit nicht weniger als fünf Jahren in der Reichsregierung tätig war, wurde die Rede gehalten. Die Rede wurde durch den Vorsitzenden der Anwesenden durch Reden vom Referenten das Schreiben ermöglicht zu machen. Erst nach dem generalen Eintritte der Parteisekretäre Dornblüth, der mit dem Reichsamt des Innern seit nicht weniger als fünf Jahren in der Reichsregierung tätig war, wurde die Rede gehalten.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Einem ausführlichen Ausweis der Berliner Börse bringen wir, nachdem Montag mittig über die offiziellen Notierungen wieder aufgenommen sind, nun erlassen in der vorliegenden Nummer. Wir erwähnen den Kurs von 427 1/2, der eine neue Seite füllend, ein provisorisches Bild des gewerblichen Auslaufes der an der Berliner Börse gehandelten Werte gibt, an deren Vorkurs zu besonderen Bedauern.

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Reiche ist, wie die „Sozial-Zeitung“ erklärt, zum leitenden Vorstand der Reichsteile für Textilindustrie ernannt worden.

Reiner Nachschau A. G. vom 2. Schwarzschopf. Der Abschluß des Geschäftsjahres 1917/18 ergibt bei weitem die geringsten Umsätze eines Reingewinns von 4 237 643 (4 547 007) Mark vorwiegend ein Dividende von 25 Prozent (25, 25, 18 und 16 Prozent in den vier Vorjahren) verteilt werden soll, der Vortrag in gleicher Höhe wie im Vorjahre (901 639 Mark).

Der oberste Hofrat. Nach Aufhebung der Höchstpreise, die demnach zu erwarten ist, wird nach einer uns aus Breslau zugegangenen Meldung der Zulassungspreis für mittlere Horden 130 Mark pro 100 Kilogramm (vor dem Krieg 40-55 Mark) als Höchstpreis festgelegt.

Germania-Brauerei in Dortmund. Der Aufsichtsrat hat sich über 6 Gros. Dividende bei reichlichen Abschreibungen vor, über die Fülle der Geschäftstätigkeit mit der Mühlener Aktien-Brauerei hatten wir bereits berichtet.)